

NEWSLETTER
des Arbeitskreises

SPD FRAKTION
SCHLESWIG-
HOLSTEIN

Umwelt

energie

ländliche Räume

AUSGABE 01/2021

Inhalt

Landtagsrede in der Generaldebatte der Haushaltsberatungen 2020/2021 vom 24. Februar 2021	5
Kommunen auf dem Weg zur Klimaneutralität – Unterstützung bei der Konzeptentwicklung und der Umsetzung von Maßnahmen.....	6
Zukunft der Biogasanlagen – weg vom Mais hin zu Gülle und grüne Reststoffe	7
Forschung Landschaftsökologische Chancen und Risiken Photovoltaik	8
Ernährungswirtschaft.....	9
Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung.....	10
Biodiversitätsstrategie	11
Erarbeitung einer Landesstrategie zum Ausstieg aus der Anwendung von Glyphosat.....	12
Landesnetzagentur/Landesregulierungsbehörde.....	13
Neuausrichtung der Landwirtschaft – Forschung, Beratung, Entwicklung.....	14
Kleingärten	15
Maßnahmen in Folge des Runden Tisches "Tierschutz in der Nutztierhaltung"	16
Auszeichnung Verbraucherschulen 2021	17
Kippen killen Natur	19
Aktionsplan Insektenschutz	21
Kreislaufwirtschaft	24
Reden von Januar bis März 2021	25
Impressum	26



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

in diesem Newsletter dreht sich ausnahmsweise einmal alles ums Geld. Schließlich ist es ohne finanzielle Mittel schwer, wirksame Politik zu machen.

Leider hat Corona auch diesen Bereich ordentlich durchgeschüttelt. Neben zahlreichen Nachtragshaushalten im vergangenen Jahr wurden die regulären Haushaltsverhandlungen bis zur Februar Tagung 2021 verschoben. Unter Corona ist eben alles anders als man denkt.

In dieser Ausgabe möchten wir Ihnen unsere Haushaltsanträge mit kleinen Beiträgen näher bringen. Dabei befassen wir uns mit Fragen der Energiepolitik oder dem Schutz der Artenvielfalt, aber auch mit der Ernährungswirtschaft oder dem Thema Lebensmittelverschwendung.

Vermutlich haben Sie es schon geahnt: Keiner unserer Anträge hat bei Jamaika eine Mehrheit gefunden. Alle SPD-Anträge wurden gnadenlos abgelehnt. Dabei hätten wir mit unseren Anträgen notwendige Weichen für die Zukunft gestellt und wichtigen zivilgesellschaftlichen Organisationen unter die Arme gegriffen. Außerdem waren diese Anträge keinesfalls aus dem Bereich „Wünsch dir was“. Alle Anträge, die die SPD Fraktion gestellt hat, waren gegenfinanziert. Wir haben damit gezeigt, dass wir andere Schwerpunkte als die Jamaika-Fraktionen setzen wollen und wie diese verantwortungsvoll finanziert und umgesetzt werden können.

Von Mut und Zukunftsstärke war bei den Regierungsfractionen in der Haushaltsdebatte leider nichts zu spüren.

Aber lesen Sie selbst...

Ihr Arbeitskreis Umwelt, Energie und ländliche Räume



In schönen Erinnerungen lächelt die Vergangenheit zurück Wir gedenken Konrad Nabel

Wir sind sehr traurig. Konrad Nabel, unser ehemalige Kollege und langjähriger Vorsitzender des Arbeitskreises ist verstorben. Wir haben mit Konni Nabel einen großen Umweltschützer verloren. Sein Engagement für die Natur, sein streitbarer Einsatz für den Klimaschutz und seine gradlinige Art werden uns fehlen. Er hatte Ecken und Kanten und ein großes Herz. Genau das hat ihn zu einem ganz besonderen Menschen gemacht an den wir uns gerne erinnern.

Mit seinem Engagement und seinem Temperament hat er die Programmatik der SPD Schleswig-Holstein entscheidend mitgeprägt. Der Erhalt unserer Natur und unserer Artenvielfalt, aber auch soziale Belange – Konni wurde nicht müde, für dieser Themen politisch zu streiten.

In Gedanken sind wir bei seiner Familie – insbesondere bei seiner Frau und seinen Töchtern.

Wir werden ihn vermissen.



Landtagsrede in der Generaldebatte der Haushaltsberatungen 2020/2021 vom 24. Februar 2021

Sandra Redmann, SPD-Landtagsabgeordnete

Weichgespülte Kompromisse können und wollen wir uns nicht leisten

„Wie soll man den Einzelplan 13 (MELUND) kurz zusammenfassen. Für alle Seiten ist ein bisschen was drin. Man könnte sagen, er ist wie eine Schmusekatze, die allerdings hauptsächlich CDU und Grüne zum Schnurren bringt. Der eine bekommt u.a. was fürs Moor, da bekommt der andere dann was für den Wald. Peinlich genau darauf achtend, dass auch keiner mehr kriegt. Gegen mehr Geld für Wälder und Moore haben wir nichts. Schließlich haben wir zu den Bereichen ja schon im letzten Jahr Haushaltsanträge gestellt. Die haben Sie damals allerdings abgelehnt.

Nun gut. Bei Manchen dauert es eben etwas länger. Tobias Koch, der selbsternannte Waldretter, der vor wenigen Jahren den Landesforsten gar nicht genug Geld wegnehmen konnte, hat mit seinem Waldgipfel da eher Zwist und Unruhe gestiftet und anderen dann die Lösung der Probleme überlassen. Das Geld im Haushalt ist jetzt also nicht wegen der CDU, sondern trotz der CDU bereitgestellt worden.



Vor wenigen Tagen hat der Minister seine Biodiversitätsstrategie vorgestellt. Mit durchaus guten und wichtigen Ansätzen, die dringend erforderlich sind. Das Artensterben ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit und wir müssen jetzt zeigen, dass wir politisch handlungsfähig sind. Auch der Bericht zur biologischen Vielfalt in Schleswig-Holstein macht das deutlich. Allerdings fragen wir uns, wo man im Haushalt diesen angeblichen Schwerpunkt

erkennen soll. Die SPD-Landtagsfraktion hat 900.000 Euro für die Umsetzung der Strategie beantragt, zusätzlich 2 Stellen für den Bereich. Irgendjemand muss das Programm ja auch noch umsetzen. Lassen Sie mich raten: Dem werden Sie natürlich nicht zustimmen.

Vielleicht fehlen die Mittel aber auch deshalb, Herr Minister, weil Sie wissen, dass Sie mit CDU und FDP kaum einen Punkt von Ihren Plänen durchbekommen werden. Und wenn die Strategie am 4. November 2021 auf dem Landes-Naturschutztag medienwirksam präsentiert wird, steht ja auch schon fast die Landtagswahl vor der Tür. Da bleibt ja nur noch wenig Zeit, etwas umzusetzen. Machen Sie sich doch nichts vor, zwar versucht die CDU mit Jamaika moderne Klänge anzustimmen, aber in Wahrheit sind Sie doch im Umwelt- und Landwirtschaftsbereich - um beim Thema Musik zu bleiben - bei Cindy und Bert stehengeblieben.

Eine weitere große Herausforderung ist der Klimaschutz weltweit. Denn der Klimawandel bedroht unser aller Lebensgrundlage. Also sind wir gezwungen, etwas dagegen zu tun, nicht nur zu reden. Nun muss

jeder wissen, welche Schwerpunkte er oder sie setzt. Die SPD hat einen Antrag formuliert, mit 2 Millionen Euro Klimaschutzmaßnahmen in Kommunen zu fördern, die allen Bürgerinnen und Bürgern zugute kommt. Das ist bei Ihnen aber offenbar nicht angesagt.

Lieber werden 6,1 Millionen Euro für ein Klimaschutz-Förderprogramm ausgegeben, das auf Privathaushalte ausgerichtet ist. Nichts gegen Programme, die auch dieses berücksichtigen. Aber leider ist der Eindruck entstanden, dass es dem Minister mehr um nette Pressemitteilungen geht immerhin zwischen Juni 2020 und Februar 2021 im Schnitt fast jeden Monat eine Pressemitteilungen dazu, wieviel Geld schon ausgegeben wurde und wie super er sein Programm findet. Dabei sollte es vielmehr um die Klimabilanz gehen. Tut mir leid, sowas geht gar nicht. Und für die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner, die in jeder Kommune zum innerstädtischen Klimaschutz beitragen, haben Sie nicht einmal 25.000 Euro übrig.

Eines Ihrer ganz großen Themen, Herr Minister, ist der Dialogprozess, wie Sie es nennen, und das Planen. Planen mögen Sie gerne, viel lieber als Entscheiden - zumindest wenn es nicht um Bauschutt geht, da ist es andersherum. Sie haben in einem Interview gesagt, Sie wollen den Dialogprozess mit den Landwirtinnen und Landwirten im Sommer mit 20 Thesen für eine Landwirtschaft in 20 Jahren beenden. Das ist schön, noch besser wäre es, Sie würden sich auch etwas mehr um mutige Entscheidungen im Hier und Jetzt kümmern.

Unseren Antrag, konkrete Konzepte umzusetzen, in Forschung und Technik zu investieren, regionale Verarbeitungsstrukturen zu erhalten und für eine Neuausrichtung der Landwirtschaft zu stehen, bestimmt abgelehnt. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, Politik besteht aus Kompromissen. Wenn es aber nur noch zu weichgespülten Kompromissen kommt, dann bleibt von Politik nichts mehr übrig und das können und wollen wir uns nicht leisten."

Kommunen auf dem Weg zur Klimaneutralität – Unterstützung bei der Konzeptentwicklung und der Umsetzung von Maßnahmen

Thomas Hölck, SPD-Landtagsabgeordneter

Wenn wir unsere Klimaschutzziele erreichen wollen, müssen alle politischen Bereiche ihre Möglichkeiten ausschöpfen. Dabei ist der Weg zur Klimaneutralität gerade für kleinere Kommunen eine große Kraftanstrengung. Sie müssen dringend dabei unterstützt werden, Konzepte zu entwickeln und

Maßnahmen vor Ort umzusetzen. Hierbei wollen wir zum Beispiel Wärmenahversorgungsnetze in Kommunen auf Grundlage erneuerbarer Energien voran bringen.



Die Landesregierung hat das Klimaschutzprogramm für Bürgerinnen und Bürger in Leben gerufen. Dies fördert unter anderem Lastenfahrräder oder Batteriespeicher. Uns ist jedoch eine strukturelle Förderung, von der alle profitieren, wichtig. Nur so kommen wir unseren selbstgesteckten Klimaschutzzielen näher. Deshalb haben wir mit unserem

Haushaltsantrag 2 Mio. Euro für die strukturelle Unterstützung der Kommunen gefordert. Leider wurde unser Antrag von der Jamaika-Koalition abgelehnt.

Der Umweltminister feiert sich für sein Programm, während gleichzeitig Jamaika den Windenergieausbau in Schleswig-Holstein um mindestens drei Jahre verzögert hat. Das kann man nur als schlechten Scherz bezeichnen. Sicher ist es notwendig, auch im Kleinen etwas zu machen. Aber das kann nicht die Ausrede sein, die wirklich wichtigen Dinge, wie die ökologische Energieerzeugung oder den Netzausbau, zu vernachlässigen. Der Minister bleibt zudem die Antwort schuldig, wieviel CO₂ durch diese Förderung konkret eingespart wird und wie viele Mitnahmeeffekte erzeugt wurden.

Wir wollen Klimaschutz für alle ermöglichen und nicht nur für wenige, die sich das leisten können. Viel wichtiger wäre es, in ein flächendeckendes Netz öffentlicher Ladestationen zu investieren, wenn man z.B. E-Mobilität wirklich auch in den ländlichen Bereichen Schleswig-Holsteins alltagstauglich machen möchte. Zudem haben solche privaten Zuschüsse immer den Nachteil, dass sie diejenigen bevorzugen, die zum Beispiel Immobilieneigentümer sind. Für uns muss wirksamer Klimaschutz aber allen zugute kommen und vor allem für alle machbar sein!

Zukunft der Biogasanlagen – weg vom Mais hin zu Gülle und grüne Reststoffe

Kirsten Eickhoff-Weber, SPD-Landtagsabgeordnete

In Schleswig-Holstein sind in den letzten Jahren im ländlichen Raum mit hohen Investitionsleistungen Biogasanlagen errichtet worden. Für viele landwirtschaftliche Betriebe sind sie ein wichtiger Baustein bei der Diversifizierung der Betriebsstruktur. Der Mix bei der regenerativen Energiegewinnung muss auch zukünftig Biogas beinhalten. Eine nachhaltige Nutzung der Biogasanlagen muss dabei gewährleistet sein. Hier ist eine strategische Ausrichtung, weg von ausschließlich für Biogasanlagen produzierter Biomasse (z.B. Mais) dringend geboten.

Forschung und technische Entwicklung müssen gemeinsam mit der Landwirtschaft vorangetrieben werden.



Es gibt bereits richtig gute Beispiele für nachhaltige Biogaserzeugung und -nutzung. Diese beispielhaften Entwicklungen müssen konsequent und energisch weitergeführt werden.

Hier sind Impulse und finanzielle Unterstützung für eine zügige, lösungsorientierte Kooperation dringend erforderlich.

Wir haben 100.000 Euro für die Betriebe im ländlichen Raum beantragt. Jamaika hat jedoch auch dies abgelehnt.

Forschung Landschaftsökologische Chancen und Risiken Photovoltaik

Thomas Hölck, SPD-Landtagsabgeordneter

Photovoltaik ist eine der Zukunftstechnologie der Energiewende. Mit der letzten Novellierung des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) wurden wichtige Weichen für die Steigerung der Solarenergie gestellt. Der 52 GW-Deckel wurde nach hartem Ringen mit der Union endlich abgeschafft. Dies bietet neue Perspektiven für die PV-Technologien.

Das bedeutet aber auch, dass wir genau hinsehen müssen, wie wir unsere Politik in diesem Bereich gestalten. Beispielsweise müssen landschaftsökologische Chancen und Risiken genauer erforscht werden, um Spielräume und Grenzen aufzuzeigen. Es geht dabei darum herauszufinden, auf welchen Flächen PV besonders geeignet ist und auf welchen Flächen wir auf die Installation besser verzichten sollten.

Wir wollen dafür sorgen, dass alle dazu geeigneten Dächer von öffentlichen Gebäuden und gewerblichen Neubauten eine Solar-Anlage bekommen. Unser Ziel ist eine Solar-Anlage auf jedem Supermarkt und jeder Schule. Wir werden innovative Formen der erneuerbaren Stromerzeugung, wie integrierte Photovoltaik in der Gebäudehülle und auf landwirtschaftlichen Flächen, gezielt fördern und neue strategische Energiepartnerschaften aufbauen.



Gleichzeitig müssen Erkenntnisse in Bezug auf den möglichen Ausbau der Agri-PV erforscht werden. Das wäre vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden PV-Booms dringend geboten. Deutsche Äcker hätten theoretisch genug Potential, mit Agri-PV alleine den heutigen Strombedarf abzudecken. Dem entgegen stehen aber anderen Flächennutzungskonzepte oder auch Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität.

Die Systemtechnologie der Agri-PV ermöglicht eine landwirtschaftliche Nutzung unter speziell zu diesem Zweck entwickelten PV-Anlagen. Diese ressourceneffiziente Doppelnutzung von landwirtschaftlichen Flächen soll die Flächenkonkurrenz von landwirtschaftlicher Nutzung und Energieversorgung abmildern. In Zukunft könnte durch Agri-PV zum einen der Flächenverbrauch minimiert werden, so dass der Nutzungskonflikt zwischen Energie- und Landwirtschaft durch eine harmonische Doppelnutzung der Flächen entschärft wird. Zum anderen kann, da Agri-PV-Projekte vornehmlich dezentral durch Landwirte, Gemeinden und kleine und mittelständische Unternehmen ins Leben gerufen werden, die Wertschöpfung in der Region und die ländliche Entwicklung gefördert werden. Für die Landwirtschaft können zudem neue, ökonomisch tragfähige Bewirtschaftungsmöglichkeiten und Betriebszweige

aufgezeigt werden. All dies muss jedoch erst einmal genau in den Blick genommen werden, bevor langfristige Entscheidungen getroffen werden. Deshalb haben wir 200.000 Euro für die Forschung zu landschaftsökologischen Chancen und Risiken der Photovoltaik gefordert. Leider wurde unser Antrag auch in diesem Bereich von der Jamaika-Koalition abgelehnt.

Ernährungswirtschaft

Kirsten Eickhoff-Weber, SPD-Landtagsabgeordnete

Die Ernährungswirtschaft ist ein Wirtschaftszweig mit viel Potenzial. Für immer mehr Menschen sind die Qualität der Nahrungserzeugung und ihre Wirkung auf Umwelt und Klima relevant. Unser Ziel ist es, gesunde und nachhaltige Ernährung für alle zu ermöglichen. In den Haushaltsberatungen 2020 sowie in den Ausschussberatungen 2019 brachte die Jamaika-Koalition noch einmal zum Ausdruck, dass sie keine erkennbare Gesamtstrategie für diesen Bereich hat. Stattdessen stellen sie lediglich wenige nicht abgestimmte Einzelmaßnahmen nebeneinander. Seit 2017 stellen wir entsprechende Haushaltsanträge – aber nichts passiert.

Wir nehmen die Landesregierung mit der Forderung nach einer Gesamtstrategie Ernährungswirtschaft in die Pflicht. Schleswig-Holstein hat eine starke Landwirtschaft und eine hochwertige Ernährungswirtschaft und Lebensmittelindustrie. Allerdings schaffen wir es noch nicht ausreichend, die



hier gewachsenen Rohstoffe auch selbst zu verarbeiten und so an der Wertschöpfungskette der gesamten Ernährungswirtschaft zu verdienen. Uns geht es um die Verarbeitung und Vermarktung regionaler Produkte, um überregionale Ernährungsindustrie, um Forschung, Entwicklung und Fachkräftesicherung, um mehr Wertschöpfung und um Gute Arbeit – auch in den ländlichen Räumen. Für uns ist neben einer

zukunftsorientierten Ernährungswirtschaft außerdem die Förderung von ressourcenschonenden und nachhaltigen Produktionsweisen entscheidend.

Es ist viel zu tun. Deshalb ist es umso bedauerlicher, dass unser Antrag in Höhe von 2 Mio. Euro für eine zukunftsorientierte strategische Ausrichtung der Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein von den Regierungsfractionen abgelehnt wurde.

Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung

Kirsten Eickhoff-Weber, SPD-Landtagsabgeordnete

Die Rettung von Lebensmitteln ist ein wichtiges Thema auch in Schleswig-Holstein. Auch bei uns sind viele Institutionen, Organisationen und Einzelpersonen hoch engagiert, um Lebensmittel vor dem Müll zu retten. Schon 2018 haben wir im Landtag gefordert, dass Schleswig-Holstein endlich eine Strategie gegen Lebensmittelverschwendung auf den Weg bringt. Wir diskutieren zwar über das Thema, aber bei der Jamaika-Regierung kommt nichts dabei rum!

Diese Forderung in Höhe von 300.000 Euro haben wir erneut ins Plenum eingebracht, damit unsere politischen Forderungen nach Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung endlich umgesetzt werden. Die Lebensmittelverschwendung ist deutschlandweit eine große Herausforderung. Ein Drittel der gesamten Produktion wird entlang der gesamten Wertschöpfungskette vernichtet! Dies ist nicht nur ethisch äußerst problematisch, sondern bedeutet de facto auch eine immense Verschwendung von Ressourcen. Wir reden von Klimaschutz, von Nachhaltigkeit und von Ressourcenknappheit, aber mit den Lebensmitteln aasen wir, als gäbe es kein Morgen.

Wir fordern eine Strategie, bei der die Erfahrungen, das Wissen und das Engagement der Schleswig-Holsteiner*innen in den Prozess eingebracht werden kann. Alle relevanten Akteur*innen müssen eingebunden werden, dann kann Schleswig-Holstein sehr wohl einen Beitrag leisten.

Wenn wir Ehrenamt, Engagement, Handel und Verbraucher beteiligen, werden wir bei der Lebensmittelrettung endlich vorankommen. Und nur dann kann Schleswig-Holstein einen entscheidenden Beitrag zur Umsetzung der nationalen Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung leisten. Es ist mehr als bedauerlich, dass unser Haushaltsansatz von den regierungstragenden Fraktionen wieder abgelehnt wurde.

In Schleswig-Holstein sind die Tafeln seit mehr als 25 Jahren aktive Lebensmittelretter. Sie sind mit ihrer

Arbeit eine Schnittstelle zwischen sozialem und ökologischem Handeln. Die Tafeln sorgen mit ihrer Arbeit dafür, dass viele Menschen in schwierigen Lebenssituationen mit Lebensmitteln unterstützt werden. Die wertvolle Arbeit der Tafeln ist gerade in den Monaten der Pandemie noch einmal ganz deutlich geworden. Dabei muss uns bewusst sein, dass die Tafeln ehrenamtlich geführt werden. Die viele Arbeit, die geleistet wird, ist Arbeit im Ehrenamt!

Damit die Initiativen ihre großartige Arbeit auch weiter leisten können, müssen sie sich auf eine zuverlässige Unterstützung bei der Grundfinanzierung verlassen können. Wir wissen, in manchen Kommunen geht das heute schon, in den meisten anderen arbeitet das Ehrenamt aber am Limit. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen leisten einen großen Dienst an unserer Gesellschaft und der Staat



steht in der Pflicht, die Tafeln besser finanziell auszustatten. Die Tafeln benötigen dringend mehr Lager- und Transportkapazitäten für die Verteilung von Lebensmitteln. Und die ehrenamtliche Arbeit vor Ort braucht hauptamtliche Unterstützung bei Verteilzentren. Das wollen wir mit unserem Antrag möglich machen. Zuwendungen an die Tafeln in Schleswig- Holstein, die Mitglied im Landesverband der Tafeln sind, bspw. für Geräte oder andere Ausstattung, um Lebensmittel zu "retten". Der Fonds soll so ausgestaltet sein, dass Ko-Finanzierungen von Unternehmen möglich sind.

Bemerkenswert ist, dass am Montag ein CDU-Bundestagsabgeordneter erklärt, er wolle sich in Berlin für die Tafeln einsetzen und am Mittwoch lehnt die CDU-geführte Jamaika-Koalition unseren Antrag ab!

Biodiversitätsstrategie

Sandra Redmann, SPD-Landtagsabgeordnete



Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlage ist im Grundgesetz und in unserer Landesverfassung verankert. Nur mit einer gesunden Natur können wir dem Klimawandel und Epidemien begegnen. Das Artensterben, der Klimawandel, aber auch die Corona-Pandemie sind deutliche Zeichen dafür, dass wir mit unserer Natur nicht mehr im Gleichgewicht leben.

Unsere Nahrung, Rohstoffe, Baustoffe, Arzneimittel oder aber auch unser Lebensraum – die Natur mit ihrer Biodiversität ist für uns lebenswichtig. Saubere Luft, sauberes Wasser und gesunde Lebensmittel können wir nur mit einem intakten Ökosystem sichern. Die Natur ist natürlich auch ein wirtschaftlicher Faktor: Die Hälfte des weltweiten Bruttoinlandsproduktes, ca. 40 Billionen Euro, ist von der Natur abhängig.

Um den Schutz unserer Artenvielfalt zu gewährleisten brauchen wir ein Bündel von Maßnahmen. Dies ist in der Biodiversitätsstrategie des Landes dargestellt. Leider haben die Landesregierung und die Koalition hierfür allerdings keine zusätzlichen Finanzmittel zur Verfügung gestellt. Die Begründung, man benötige in diesem Jahr dafür noch keine Mittel, ist allerdings sehr zweifelhaft. Viele vorbereitende Maßnahme muss man jetzt angehen. Wenn wir das Artensterben wirksam aufhalten wollen, dürfen wir nicht noch mehr Zeit vergeuden.

Viel mehr scheint es so, dass man sich in der jamaika-Koalition noch gar nicht einig ist, welche Punkte man überhaupt angehen möchte. Leider sind hier die politischen Unterschiede allzu offensichtlich und stehen einer progressiven Politik im Weg.

Für uns ist ganz klar: Es wurde schon viel zu lange gewartet. Wer den Bericht zur biologischen Vielfalt in Schleswig-Holstein liest, dem wird schnell klar, dass auch wir unter massivem Artenverlust und Artensterben zu leiden haben.

Daher haben wir als SPD-Landtagsfraktion 900.000 Euro für den Start der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie in diesem Jahr beantragt. Zusätzliche 100.000 Euro soll es außerdem für 2 Stellen

in der Naturschutzabteilung geben. Denn ohne weitere Mitarbeiter*innen, die die Maßnahmen der Strategie umsetzen, kann die Biodiversitätsstrategie nicht erfolgreich sein. Leider wurden unsere Anträge abgelehnt. Es wird keine finanziellen Mittel geben.

Dabei merken wir doch alle schon seit langem: Es muss jetzt endlich losgehen!



Erarbeitung einer Landesstrategie zum Ausstieg aus der Anwendung von Glyphosat

Kirsten Eickhoff-Weber, SPD-Landtagsabgeordnete

Wie angekündigt, hat das Bundes-Kabinett mit dem Insektenschutz-Gesetz auch eine Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung beschlossen. Damit wird auch der Ausstieg aus dem umstrittenen Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat endgültig festgelegt. Jetzt ist besiegelt, was sich seit Jahren abzeichnete: Der Glyphosat-Ausstieg kommt. Zunächst soll die Anwendung von Glyphosat stark eingeschränkt und zum Jahresende 2023 ganz verboten werden.



Das ist für die Landwirtschaft und alle anderen Anwender*innen dieses Total-Herbizids keine wirkliche Überraschung. Aber ist eigentlich klar was danach kommt? Wie die Landwirtschaft auf diese Einschränkungen und dann auf das Verbot reagieren wird?

Dass diese Fragen irgendwann gestellt werden, war nach den jahrelangen heftigen Debatten doch allen klar. Aber wer hat Antworten?

Wir fordern, nicht zum ersten Mal, Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 Euro für die Erarbeitung einer Landesstrategie zum Ausstieg aus der

Glyphosatnutzung in der Landwirtschaft. Für Schleswig-Holstein muss gemeinsam mit der Landwirtschaft, mit Wissenschaft und Forschung und den Akteur*innen technischer Entwicklung ein Konzept für den Ausstieg entwickelt werden. Dafür braucht es auch finanzielle Unterstützung, wir dürfen die Landwirtschaft mit den Konsequenzen der Entscheidungen nicht alleine lassen!

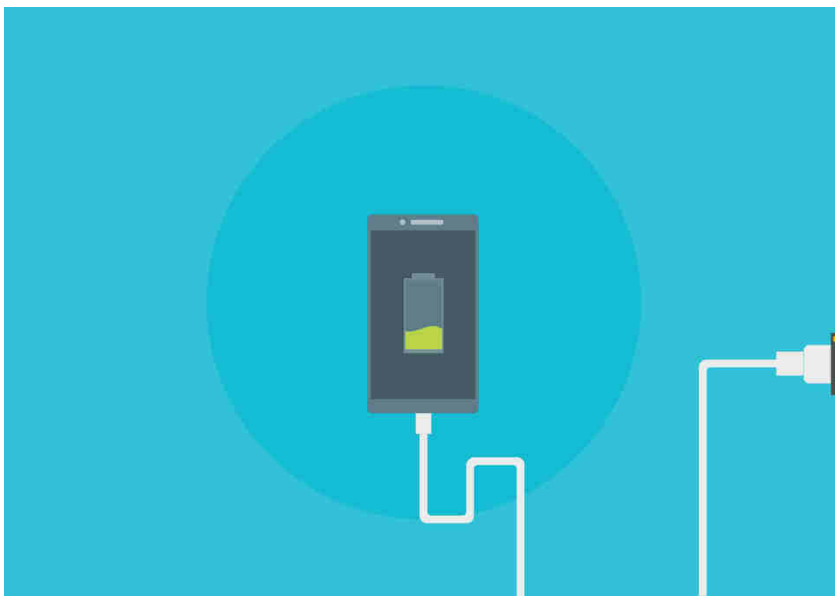
Aber Jamaika verweigert der Landwirtschaft die Unterstützung.

Landesnetzagentur/Landesregulierungsbehörde

Thomas Hölck, SPD-Landtagsabgeordneter

Die effiziente Regulierung der Netze ist für das Voranschreiten der Energiewende in Schleswig-Holstein von entscheidender Bedeutung. Der direkte Dialog zwischen den Netzbetreibern – insbesondere der Stadt- und Gemeindewerke – und einer landesweiten Netzregulierungsbehörde könnte dazu beitragen, dass der Netzausbau und der Aufbau der dezentralen Energieversorgung beschleunigt werden.

Seit langem ist das unser erklärtes politisches Ziel. Bereits im Jahr 2010 hatte die SPD-Landtagsfraktion einen Antrag zur Errichtung einer Regulierungsbehörde in Schleswig-Holstein eingebracht. Hauptargument der schwarz-gelben Landesregierung, dem Antrag nicht zu folgen, war damals die ökonomische Arbeitsweise der Bundesnetzagentur in Verbindung mit potenziell steigenden Netzentgelten.



2013 hatten wir die Debatte erneut in den Landtag gebracht und in einer Anhörung mit sehr guten Argumenten wurde unsere Auffassung bestätigt. Leider hat das grüne Ministerium die Debatte über das Jahr 2016 hinaus verschleppt. Im Februar 2018 haben wir den Antrag „Landesregulierung der Strom- und Gasnetze endlich auf den Weg bringen - Kündigung der Organleihe bei der Bundesnetzagentur, Errichtung einer landeseigenen Regulierungsstelle“ eingebracht, der

nach einjähriger Beratung im Ausschuss schließlich von der Jamaika Koalition abgelehnt wurde.

Wenn wir weiterhin wollen, dass die Energiewende eine schleswig-holsteinische Erfolgsgeschichte bleibt, dann dürfen wir die Regulierung der Strom- und Gasnetze nicht der Bundesnetzagentur überlassen. Unser Ziel sind die unmittelbare Ansprechbarkeit, ein geringerer bürokratischer Aufwand und eine höhere Flexibilität bei der Berücksichtigung individueller Besonderheiten kleiner und mittlerer Energieunternehmen. Wir wollen eine deutlich stärkere Berücksichtigung der besonderen Bedingungen in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein mit besonders hohen Zuwachsraten und Anschlussbedarfen von Anlagen, die erneuerbare Energie erzeugen.



Die Stadt- und Gemeindewerke sind unverzichtbar für die Daseinsvorsorge, und sie sind Orte guter Arbeit. Deshalb wäre die Einrichtung einer landeseigenen Regulierungsbehörde auch eine Wertschätzung gegenüber den kommunalen Netzbetreibern. Die Möglichkeit, kurze und direkte Zugangsmöglichkeiten zur Landesnetzagentur zu haben, ist Begegnung auf Augenhöhe.

Leider wurde unser Haushaltsantrag für eine Anschubfinanzierung einer Landesnetzagentur von der Jamaika-Regierung abgelehnt.

Neuausrichtung der Landwirtschaft – Forschung, Beratung, Entwicklung

Kirsten Eickhoff-Weber, SPD-Landtagsabgeordnete

Unsere Landwirtinnen und Landwirte stehen immer größeren Erwartungen gegenüber: Einerseits sollen sie hochwertige Lebensmittel zu möglichst günstigen Preisen produzieren. Andererseits sollen sie für Klimaschutz und Artenvielfalt sorgen. Denn Deutschland will bis 2030 die Treibhausgasemissionen um mindestens 55 Prozent verringern. Das Klimaschutzgesetz sieht vor, den jährlichen Ausstoß in der Landwirtschaft bis 2030 gegenüber 2014 um 14 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente zu reduzieren. Das ist eine große Herausforderung.

Deshalb sind wir der Überzeugung: Es müssen jetzt die Weichen für eine zukunftsorientierte Landwirtschaft gestellt werden. Die vielfältigen Aufgaben fordern eine nachhaltige Landwirtschaft – ökologisch verträglich, sozial gerecht, ökonomisch rentabel und am Tierwohl orientiert.

Für viele Herausforderungen vor denen die Landwirtschaft steht, gibt es noch keine Antworten. Der Druck auf die landwirtschaftlichen Betriebe wächst. Die Sorgen um den eigenen Betrieb und um die Zukunft der Landwirtschaft wachsen. Da reicht ein breit angelegter Dialog unter der Führung eines grünen Landwirtschaftsministers alleine nicht aus, um neue Perspektiven der Landwirtschaft zu entwickeln.



Dafür braucht es Forschung und technische Entwicklung. Wir haben mit der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) und der Fachhochschule Kiel starke Partner in der Wissenschaft. Dieses Potential müssen wir jetzt gemeinsam mit der zukunftsorientierten Landwirtschaft nutzen. Es reicht nicht, auf die Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) und auf die Entscheidungen im Bundestag zu warten. Schleswig-Holstein muss selbst aktiv nach Lösungen suchen. Wir müssen für effektiven Klimaschutz in der Landwirtschaft, für tierwohlgerechte Nutztierhaltung, für ressourcenschonende Produktion eine qualifizierte Beratung gewährleisten. Entwicklung braucht oftmals mutige Entscheidungen, das Risiko muss fair verteilt werden – solange die Märkte eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion nicht mit fairen Preisen honorieren.

Damit das jetzt gemeinsam auf den Weg gebracht werden kann hatten wir 1 Mio.

Euro beantragt. Leider wurde auch dieser Antrag von den Jamaika-Fraktionen abgelehnt.

Kleingärten

Sandra Redmann, SPD-Landtagsabgeordnete

Kleingärten sind wichtig für Kommunen! Sie sind nicht nur gut zur Erholung, zum Gärtnern und Selbstversorgen, sondern sie sind auch wertvoll für das innerstädtische Klima. In den letzten Jahren sind sie auch immer wichtigerer Bestandteil für Artenvielfalt in den Gemeinden und Städten geworden. Insbesondere die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner in Schleswig-Holstein haben sich in diesem Bereich hervor getan. So hat der Landesverband der Gartenfreunde eine Untersuchung zum Thema Biologische Vielfalt in Kleingärten in Auftrag gegeben. Sie haben Tipps und Anregungen in einem Buch zusammengefasst und aufgezeigt, wie wichtig auch ein Kleingarten für die Biodiversität ist. Die vielen Insekten genießen diese Kleingärten genauso wie die Bürgerinnen und Bürger bei ihren Spaziergängen in diesen Anlagen.

Dieses Projekt wurde auf Antrag der SPD gefördert. Leider ist es nach wie vor nicht möglich, die anderen Fraktionen davon zu überzeugen, dem Landesverband der Gartenfreunde eine institutionelle Förderung

zukommen zulassen. Die SPD hat jetzt schon mehrere Jahre hintereinander 25.000 € als Förderung für die Gartenfreunde in Schleswig-Holstein beantragt. Diese Mittel sollen unter anderem für Fortbildungen und Veranstaltungen rund um die biologische Vielfalt sein. Es ist völlig unverständlich, warum sich die Jamaika-Koalition dagegen sperrt.

Wir werden uns auch weiterhin für die Gartenfreunde einsetzen. Andere belassen es bei netten Grußworten und bei netten Reden, wir stellen Anträge und wollen wirklich etwas für die Gartenfreunde erreichen.



Maßnahmen in Folge des Runden Tisches "Tierschutz in der Nutztierhaltung"

Kirsten Eickhoff-Weber, SPD-Landtagsabgeordnete

Über die Nutztierhaltung wird schon seit vielen Jahren intensiv diskutiert. Es ist schon lange klar, dass sich dringend etwas ändern muss. Deshalb wurde 2019 das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung unter Leitung des ehemaligen Bundeslandwirtschaftsministers Jochen Borchert ins Leben gerufen. In der sogenannten Borchert Kommission wurden Entscheidungsträger und Fachleute aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden, aber auch der Praxis zusammengebracht, um Vorschläge über die Zukunft der Nutztierhaltung zu erarbeiten.

Die Borchert Kommission hat nun Vorschläge vorgelegt, wie der Umbau der Nutztierhaltung umgesetzt und finanziert werden kann. Sie fordert nicht weniger als einen Systemwechsel in der Nutztierhaltung in Deutschland. Aktuell ist das System nicht zukunftsfähig. Die Tierhalter verlieren die Akzeptanz in der Gesellschaft. Wir brauchen einen langfristigen Umbau der deutschen Nutztierhaltung: mehr Tierwohl, mehr Umweltschutz! Die Tierhalter brauchen dabei Planungssicherheit.

Langfristig hilft uns nur eine Neuausrichtung der Agrarpolitik, hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft: ökologisch verträglich, sozial gerecht, ökonomisch rentabel und am Tierwohl orientiert. Das ist eine Mammut Aufgabe für die Landwirtschaft in Deutschland. Wir wollen eine flächendeckende tierwohlgerechte Nutztierhaltung in Schleswig-Holstein erreichen.



Zur Umsetzung der nationalen Nutztierstrategie waren die Bundesländer aufgefordert, Konzepte zu erarbeiten. Unsere Forderung nach einer Nutztierstrategie für Schleswig-Holstein wurde von Jamaika abgelehnt. Dabei wurde auf den Runden Tisch „Tierschutz in der Nutztierhaltung“ verwiesen.

Ja, der Runde Tisch leistet eine wichtige Arbeit. Aber anstatt in der aktuellen Situation die Möglichkeiten des runden Tisches zu verbessern, kürzt Jamaika die Mittel. Wir haben ganz im Gegenteil die Erhöhung dieses Haushaltsansatzes gefordert. Denn die Umsetzung der Ergebnisse der Borchert Kommission, die Einführung eines staatlichen Tierwohllabels, geht nur mit einer konsequenten Beteiligung von Landwirtschaft, Wissenschaft und Forschung. Schleswig-Holstein muss seinen Beitrag leisten können. Und für die Erarbeitung einer fundierten Strategie braucht es eben auch finanzielle Möglichkeiten!

Aber die regierungstragenden Fraktionen haben unseren Antrag, dafür 110.000 Euro bereitzustellen, abgelehnt.

Auszeichnung Verbraucherschulen 2021

Kerstin Metzner, SPD-Landtagsabgeordnete

In diesem Jahr zeichnete der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) zum vierten Mal besonders engagierte Schulen aus, die Kindern und Jugendlichen Orientierung als Verbraucher*innen geben und ihnen wichtiges Wissen vermitteln. Dabei geht es um verschiedene wichtige Bereiche aus dem Alltag von Kindern und Jugendlichen, wie die Sicherheit im Netz, den Umgang mit Geld oder auch eine gesunde Ernährung.

Klaus Müller, Vorstand des vzbv, konnte am 1. März 2021 mehr als 100 Gäste zu der digitalen Auszeichnungsveranstaltung begrüßen. Als verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion nahm Kerstin Metzner die Einladung zu dieser Online-Veranstaltung gern wahr.

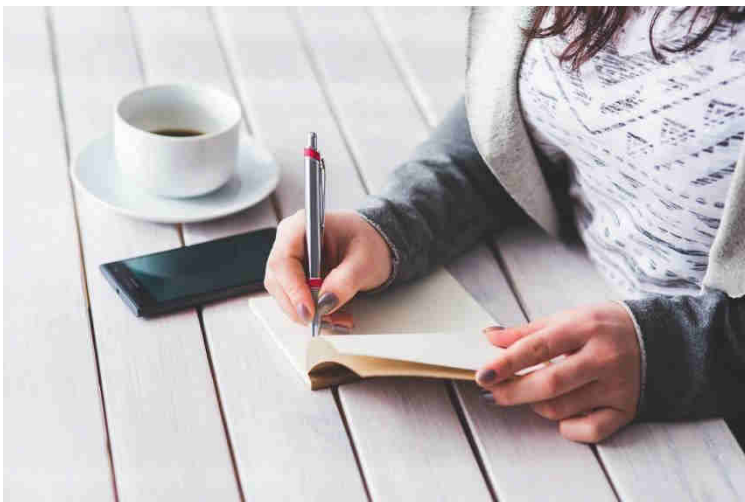
Die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Christine Lambrecht, hob als Schirmherrin in ihrem Grußwort die Bedeutung der Verbraucherbildung in den Schulen besonders hervor. Das Projekt Verbraucherschule wird gefördert durch das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für

Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie durch die Deutsche Stiftung Verbraucherschutz. Ziel ist die Erziehung der Schüler*innen zu aufgeklärten und selbstbewussten Verbraucher*innen.

Drei erfolgreiche Verbraucherschulen stellten ihre sehr unterschiedlichen Projekte vor.

Verbraucherschutz hat viele Facetten und wird in dieser Vielfalt in der Arbeit der Verbraucherschulen abgebildet. Wenn wir z.B. Probleme mit unseren Smartphones haben, rufen wir doch häufig unsere Kinder um Hilfe. Die meisten Kinder und Jugendlichen sind ihren Eltern heute schon weit voraus. Gerade für junge Menschen ist es daher wichtig, Kompetenzen im Umgang mit neuen Technologien zu erwerben.

Die jüngere Generation steht heute vor einer vielfältigeren Konsumwelt als andere Generationen vor ihr. Das bedeutet unzählige Möglichkeiten, aber auch eine gewisse Verantwortung. Bedürfnisse zu definieren und ausgewogene Entscheidungen zu treffen, ist keine leichte Aufgabe. Deshalb ist Bildung und insbesondere Bildung für nachhaltige Entwicklung so wichtig. Nur wer informiert, reflektiert und



kompetent ist, kann wirklich selbstbestimmte Entscheidungen treffen. Dabei unterstützen Verbraucherschulen und deshalb ist es wichtig und richtig, sie für ihr vielfältiges Engagement auszuzeichnen.

Schleswig-Holstein liegt bei der Verbraucherbildung im Bundesvergleich weit vorn. Mit sieben ausgezeichneten Schulen belegte unser Bundesland hinter Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr den zweiten Platz. Ausgezeichnet wurden die Siegfried-Lenz-

Schule in Handewitt, die Grundschule Kuddewörde, die Gemeinschaftsschule mit Oberstufe Nortorf, die Gudewerdt Gemeinschaftsschule Eckernförde, die Schule am Meer Büsum, die Dietrich-Bonhoeffer-Schule aus Bargteheide und das Carl-Jacob-Burckhardt-Gymnasium, Lübeck. Die Projektvielfalt ist beeindruckend und reicht von der Unterrichtseinheit „Gesunde Ernährung und Müllvermeidung“, über eine „GemüseAckerdemie“ mit der Bestellung eines Schulackers, dem Projekt „Tschüss Hotel Mama“ zum selbstständigen Leben nach der Schule bis hin zu einem Finanzkompetenztraining.

Wie eine kleine Umfrage unter den Teilnehmer*innen ergab, hängt der Erfolg der Verbraucherschulen vor allem vom Engagement und der Motivation der Lehrer*innen ab, aber z.B. auch von der Praxisrelevanz des Vermittelten. Die gute Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein dürfte hier ihr Übriges dazu beitragen.

Im Namen der SPD-Landtagsfraktion gratulieren wir den geehrten Verbraucherschulen ganz herzlich und wünschen auch weiterhin viel Erfolg für die weitere Arbeit!

Kippen killen Natur

Hätten Sie es gewusst? Zigarettenkippen sind weltweit das häufigste Abfallprodukt!

Stefan Weber, SPD-Landtagsabgeordneter



Täglich werden unzählige Zigarettenkippen einfach weggeschmissen. Aus den Augen, aus dem Sinn! Aber, Kippen sind giftiger Müll. Auf Spielplätzen, Grillwiesen oder auch am Badestrand – überall ist der giftige Müll zu finden. Laut eines Berichts der Weltgesundheitsorganisation (WHO 2018) werden weltweit bis zu 5,6 Billionen Zigaretten geraucht, wovon ca. 4,8 Billionen am Ende einfach weggeworfen werden. Das macht pro Jahr bis zu 680.000 Tonnen Kippen-Müll, der in der Natur landet und sie beeinträchtigt. Die Folgen sind verheerend.

In Zigarettenstummeln sammeln sich jede Menge giftige Substanzen, wie beispielsweise Arsen, Blei, Chrom, Kupfer, Cadmium, Formaldehyd, Benzol und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK). Und nicht zu vergessen: Nikotin. Es ist laut Gefahrenstoffrecht mit langfristiger Wirkung auch giftig für Wasserorganismen. Im Grunde genommen

handelt es sich hierbei um Sondermüll. Dazu kommt der Kunststoff, aus dem die Filter gemacht werden. Fachleute gehen davon aus, dass Zigarettenfilter über 10 Jahre brauchen, bis sie vollständig verrotten, in Salzwasser sogar noch wesentlich länger.

Ein gedankenlos weggeworfener Zigarettenstummel erzeugt also eine erhebliche Belastung für Natur und Umwelt durch giftige Chemikalien und Mikroplastik. Aber nicht nur das, diese kleinen Stummel werden von Tieren mit Nahrung verwechselt. Besonders Meereslebewesen nehmen sie auf. Und wenn sie nicht daran sterben, gelangen diese Partikel über die Nahrungskette auch wieder bei uns auf dem Tisch.

Eine weitere Gefahr geht von den achtlos weggeworfenen Glimmstängeln in Parks oder auf Spielplätzen aus. Kleinkinder sammeln diese auf, stecken sie in den Mund und können sie verschlucken. Das kann tödlich enden. „Der Giftnotruf Berlin befasst sich jährlich über 250-mal mit der Frage der Vergiftung von Kindern durch Verschlucken von ganzen Zigaretten oder von Kippen. Nikotin ist nach Medikamenten die häufigste Ursache einer Vergiftung im Kleinkindalter.“ - Das schreibt der WWF in seinem Internetblock vom 20. August 2020 zu diesem Thema.

Was können wir nun tun? Es geht hier nicht darum, weitere Verbote zu fordern, auch wenn dies auf den ersten Blick doch eine logische Konsequenz zu sein scheint. Das achtlose Wegwerfen von Zigaretten ist bereits verboten und es kann ein Bußgeld verhängt werden. Nein, die Raucher, aber auch die

Nichtraucher, müssen sensibler für dieses Thema werden. Benutzt in der Natur Taschenaschenbecher, wenn ihr seht, dass Freunde ihre Kippe einfach auf den Boden werfen, sprecht sie an und redet darüber, wo immer es passt.



Lars Winter, Hans-Peter Buchholz, Stefan Weber, Dr. Ina Walenda, Wolfgang Vogel, Raumund Paugstadt

Wir haben uns im März dieses Jahres mit Blick auf den internationalen Tag des Wassers, gemeinsam mit dem SPD-Umweltforum und den NaturFreunden Deutschland Landesgruppe Schleswig-Holstein, ganz besonders dieses Themas angenommen. Um die Menschen auf die Vermüllung durch Zigarettenkippen hinzuweisen, haben wir an mehreren Orten an der Ostsee und am Plöner See Hinweisschilder aufgestellt an denen auch einfache Leihaschenbecher hängen. Diese Aktion, die von den NaturFreunden landesweit schon an vielen Stränden und Gewässern in unserem Land zwischen den Meeren gemacht wurde, soll aufklären und zum Umdenken und Mitmachen anregen.

Der krönende Abschluss der gemeinsamen Aktion war eine öffentlichen online-Diskussion am Freitag, den 19. März 2021, an der über 35 Interessierte aus dem ganzen Land, sowie sogar Gäste aus Baden-Württemberg teilgenommen haben. Dr. Ina Walenda, Landesgeschäftsführerin der NaturFreunde, hat in einem Impulsreferat mit vielen Zahlen und Fakten zur Umweltverschmutzung durch achtlos weggeworfene Zigarettenkippen in das Thema eingeführt. Danach haben wir mehr als eineinhalb Stunden mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern intensiv über politischen Handlungsbedarf, eigene Initiativen und neue Ideen für Aktionen diskutiert. Immer wieder wurde in den Redebeiträgen ein

beherzteres Vorgehen gegenüber den Umweltsündern angesprochen. Zum einem wurden höhere Bußgelder gefordert, zum anderen aber auch ein couragierteres Vorgehen aller, wenn Kippen einfach auf dem Boden entsorgt werden. Einhellig wurde festgestellt, dass dieses Thema viel mehr in die Köpfe der Menschen gelangen müsse. Ein guter erster Schritt dahin sei, frühzeitig Nachhaltigkeitsunterricht ab der 1. Klasse einzuführen. Ich bin sogar der Meinung, dass diese Themen in angemessener Form schon in den Kindergärten vermittelt werden sollten.

Es ist wohl noch ein sehr langer Weg in eine Gesellschaft, in der deutlich weniger Müll produziert wird, dieser richtig und nicht achtlos in die Natur entsorgt wird. Aber viele Menschen sind bereit, sich zu engagieren. Manchmal wissen sie schlicht und einfach nicht, wie es richtig geht. Und manchmal ist ihnen die Tragweite ihres Handelns nicht bewusst.

Unser Arbeitskreis und ich als zuständiger Fachsprecher nehmen die guten Anregungen aus dieser Veranstaltung mit und werden diskutieren, wie sich diese in politische Initiativen umsetzen lassen.

Aktionsplan Insektenschutz

Nina Scheer, SPD-Bundestagsabgeordnete

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

die Artenvielfalt und Zahl der Insekten in Deutschland gehen dramatisch zurück. Dies hat Auswirkungen auf unser gesamtes Ökosystem, auf die Landwirtschaft genauso wie auf Gärten und Naherholungsgebiete.



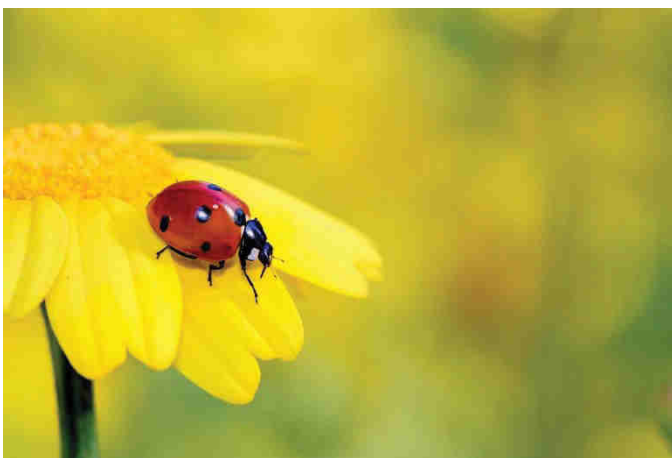
Neben dem Rückgang einzelner Insektengruppen ist die Abnahme der Insekten-Biomasse insgesamt nachgewiesen. Die Hauptursachen sind der Verlust der Strukturvielfalt und die qualitative Verschlechterung der Lebensräume der Insekten. Weiterhin stellen die intensive Anwendung von Bioziden und Pflanzenschutzmitteln, die Lichtverschmutzung und der Eintrag von Schadstoffen in die Böden und Gewässer eine Bedrohung für die Insektenpopulation dar. Einen großen Einfluss hat hierbei auch die Landwirtschaft.

Insekten erbringen elementare Ökosystemdienstleistungen. Viele Insektenarten sorgen zum Beispiel für die Bestäubung von Pflanzen, für den Abbau organischer Masse, für die biologische Kontrolle von Schadorganismen, die Reinigung von Gewässern oder den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit. Zudem sind Insekten auch Nahrungsgrundlage für eine Vielzahl anderer Tiere.

Das Bundeskabinett verabschiedete nun einen Aktionsplan Insektenschutz (API), um dem Insektensterben entgegenzuwirken.

Das Kernstück hierbei ist der durch das SPD-geführte Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) erarbeitete Entwurf für ein Insektenschutzgesetz, der am 21. Februar 2021 vom Bundeskabinett beschlossen wurde. Ebenso wurden mit der Novellierung der Pflanzenschutzmittel-Anwendungsverordnung unter Federführung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) auch Regelungen zum Verbot oder der Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln in Schutzgebieten verabschiedet.

Die übergeordnete Zielsetzung der Neuregelungen ist es, Biotop auszuweiten, die Biozidanwendung in Schutzgebieten einzuschränken, den Insektenschutz fest in der Landschaftsplanung zu verankern, Lichtverschmutzung und Insektenfallen einzuschränken und temporäre Naturschutzmaßnahmen zu stärken.



Mit dem API gibt es somit unter anderem erstmals Regelungen gegen Lichtverschmutzung, wie die Untersagung der Neuaufstellung bestimmter Beleuchtungsanlagen in Schutzgebieten. Eine Verankerung des Insektenschutzes in der Landschaftsplanung wird unter anderem dadurch erreicht, dass konkrete Anwendungsbeispiele von Grünordnungsplänen aufgezählt werden. Der gesetzliche Biotopschutz des § 30 Bundesnaturschutzgesetz wird ausgeweitet, so etwa auf „artenreiches Grünland“,

„Streuobstwiesen“, „Steinriegel“ und „Trockenmauern“. Diese Biotop sind wichtige Lebensräume für Insekten, die von Landwirten und Landwirtinnen als Kulturlandschaft geschaffen wurden und bewahrt werden müssen. Der gesetzliche Schutz stellt nun sicher, dass derartige Biotop nicht zerstört oder erheblich beschädigt werden.

Nach der Verordnung des BMEL werden in nationalen Schutzgebieten Herbizide sowie bienen- und bestäubergefährliche Insektizide verboten. Weiterhin wird ein Mindestabstand von 10 Metern zu Gewässern bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln vorgeschrieben. Die zuständigen Landesbehörden können unter bestimmten Voraussetzungen Ausnahmen von diesen Verboten erteilen. Das im Verordnungsentwurf vorgesehene Verbot von Herbiziden und bestäubergefährdenden Insektiziden soll in nationalen Schutzgebieten (Naturschutzgebieten, Nationalparks, Nationalen Naturmonumenten, Naturdenkmälern und gesetzlich geschützten Biotopen) gelten. In den europäischen Schutzgebieten, den FFH-Gebieten, gibt es Ausnahmen für Sonderkulturen etwa für Gartenbau, Obst- und Weinbau, Saatgut- oder Pflanzgutvermehrung. Diese Ausnahmen gelten in FFH-Gebieten, die nicht gleichzeitig auch als Naturschutzgebiet oder Nationalpark ausgewiesen sind. Vom Verbot betroffen sind somit zunächst 4,9 % der in Deutschland landwirtschaftlich genutzten Flächen. Hiervon sind ein Großteil der Flächen Grünland, auf welchem ohnehin kaum Pflanzenschutzmittel zur Anwendung kommen.

Mit der Novellierung der Pflanzenschutzmittel-Anwendungsverordnung geht keine Anwendungseinschränkung von Fungiziden einher.

Ein großer Erfolg, für den die SPD lange gearbeitet hat und der von sozialdemokratischer Seite in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde, ist der vollständige Glyphosatausstieg, der nun zum 31.12.2023 erfolgen soll. Durch die Verordnung wird ab sofort der Einsatz von Glyphosat in vielen Bereichen stark eingeschränkt. Neben der Anwendungsbeschränkung in der Landwirtschaft gilt dann ein Anwendungsverbot im Haus- und Kleingartenbereich sowie auf Flächen, die für die Allgemeinheit bestimmt sind und in einer Vielzahl von naturschutz- oder wasserrechtlich geschützten Gebieten.

Die Neuregelungen resultieren aus einem langen und tiefgehenden Austausch, an dem Landwirt*innen genauso beteiligt waren, wie Vertreter*innen aus Politik und Naturschutzverbänden. Mit den Verordnungen ist es gelungen, kooperative Ansätze zu stärken, Landwirt*innen für den Verzicht auf Pflanzenschutzmittel zu belohnen. Diesen Ansatz gilt es weiter zu stärken, solange der - internationale - Markt Umweltdumping leider nach wie vor begünstigt. Politik und Recht müssen dafür sorgen, dass ökologisch-soziale Landwirtschaft belohnt wird, sodass eine umfassende Umstellung auf nachhaltige Bewirtschaftung erfolgt.

Mit der im Gesetz verankerten Länderöffnungsklausel wird den Ländern ermöglicht, bereits bestehende und gut funktionierende Regelungen weiter fortbestehen zu lassen und weiterzuentwickeln. So bleibt der in einigen Ländern schon vorhandene und bei allen Akteur*innen anerkannte kooperative Ansatz weiter möglich und behält Vorrang vor dem Ordnungsrecht.

Durch verschiedene Ausnahmeregelungen werden Landwirt*innen finanziell unterstützt. Im Sonderrahmenplan Insektenschutz stellt der Bund derzeit 85 Mio. Euro jährlich zur Unterstützung der Landwirtschaft zur Verfügung. Weiterhin entfällt die bisherige Obergrenze zur Förderung des sogenannten „Natura 2000-Ausgleichs“, damit die bestehenden Fördermöglichkeiten zukünftig noch besser genutzt werden können.



Auch für weitergehende Änderungen muss gelten, Anreize für ressourcenschonende, ökologische und soziale Landwirtschaft so auszugestalten, dass sie an die Stelle der heute sogenannten konventionellen Landwirtschaft tritt - auch in Bezug auf die Lebensmittel: Es gilt die Zwei-Klassen-Ernährung zu überwinden - sowohl im Interesse der Landwirtinnen und Landwirte, damit ihre Arbeit fair entlohnt wird, für faire Arbeitsbedingungen und faire Löhne, als auch im Interesse des Erhalts unserer Lebensgrundlagen, zur Gesundheitsvorsorge und aus Gründen des Tierschutzes.

Hier setzt auch der im Oktober 2020 auf dem Parteitag der SPD im Kreis Herzogtum Lauenburg beschlossene Antrag an, die Zwei-Klassen-Ernährung zu beenden, indem Bio- und Fairtrade-Lebensmittel zum Ernährungs-Standard werden müssen. Die Ökobilanz und -verträglichkeit von

biologisch angebauten Lebensmitteln ist nachweislich besser gegenüber denen aus herkömmlicher Landwirtschaft. Sie stehen damit nicht nur für mehr Tierwohl und weniger Umweltbeeinträchtigungen, sondern auch für mehr soziale Verantwortung schon zu Beginn der Lieferkette.

Kreislaufwirtschaft

Delara Burkhardt, SPD-Europaabgeordnete

Liebe Genoss*innen,
liebe Europainteressierte,

allein in Deutschland werden als Folge der Ladenschließungen gerade 500 Millionen Kleiderstücke entsorgt. Dabei handelt es sich um aufwändig produzierte, einwandfreie Ware, die zerschreddert und verbrannt wird. Und wozu? Um Platz zu schaffen neue Kollektionen.



Ressourcen verarbeiten, nutzen, wegwerfen - dieser Ansatz ist wortwörtlich für die Tonne! Es ist fatal, wie wenig wir unsere Ressourcen wertschätzen. Zwar sprechen wir immer von sogenannten „Wertschöpfungsketten“, nutzen die natürlichen Ressourcen dann allerdings so, als hätten sie keinerlei Wert und wären unendlich verfügbar, als wäre die im Produkt steckende Arbeit nichts wert.

Wir brauchen eine Art des Wirtschaftens, in der Rohstoffe wiederverwendet werden können und in einen Kreislauf gebracht werden. Aber Kreislaufwirtschaft ist mehr als das. Sie bedeutet, Waren so zu entwickeln, dass weniger oder gar keine Verschmutzung entsteht, Wertstoffe zu recyceln und Geräte so zu bauen, dass sie ein Leben lang halten - nicht nur bis zum Ablauf der Garantie.

Denn es geht dabei nicht nur darum, dass uns irgendwann die Rohstoffe ausgehen: Die Hälfte der gesamten Treibhausgasemissionen und mehr als 90% des Verlusts an biologischer Vielfalt sind auf die Gewinnung und Verarbeitung von Ressourcen zurückzuführen. Wir schützen also auch unsere Umwelt und unser Klima damit. Daher sind Maßnahmen zur Förderung von Kreislaufwirtschaft auch ein Kernelement des europäischen Green Deals.

Mit dem Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft liegt seit vergangenem Jahr ein umfangreicher Entwurf der Europäischen Kommission vor, die den Wandel von einem linearen zu einem zirkulären Wirtschaftsmodell ermöglichen soll. Neben einem Recht auf Reparatur strebt die Kommission darin zum Beispiel an, die sogenannte Öko-Design-Richtlinie auf mehr Produktarten auszuweiten, zum Beispiel auf Textilien.

Auch als Europäisches Parlament haben wir nun über Vorschläge für ein Wirtschaften nach dem Modell eines ressourcenschonenden Kreislaufs abgestimmt. Wir legen konkrete Forderungen vor, wie wir als EU bis spätestens 2050 eine CO₂-neutrale, nachhaltige, giftfreie und geschlossene Kreislaufwirtschaft

erreichen können. Damit reagieren wir auf den Aktionsplan der EU-Kommission und fordern diese auf, unsere Position in künftigen legislativen Vorschlägen einfließen zu lassen.



So fordern wir die Kommission u.a. auf, verbindliche Recyclingquoten bis 2030 festzulegen. Diese sollen dann für alle Produkte gelten, die in der EU auf den Markt kommen. Darüber hinaus brauchen wir für die verschiedenen Sektoren individuelle Recyclingraten, um passgenau steuern zu können. Außerdem müssen Produkte ressourceneffizienter hergestellt werden. Die EU muss hier einen Maßstab einführen: Im EU-Binnenmarkt sollten feste Indikatoren den ökologischen Fußabdruck von Produkten messen. Praktiken wie der geplanten Obsoleszenz von Produkten (beispielsweise sogenannte „Sollbruchstellen“) und der umweltschädlichen Herstellung von Verpackungen wollen wir mit europäischer Gesetzgebung Einhaltung gebieten.

Auch in meiner Rede im Plenum habe ich klargestellt, dass ein Wirtschaftsmodell nach dem Muster: Nehmen - Herstellen - Nutzen – Wegwerfen keine Zukunft hat. Jetzt heißt es abzuwarten, inwieweit die Europäische Kommission unseren Forderungen nachkommt.

Solidarische Grüße
Eure Delara

Reden von Januar bis März 2021

Februar

Sandra Redmann zu TOP 2, 4, 23, 47, 48, 49+52 am 24.02.2021: Weichgespülte Kompromisse können und wollen wir uns nicht leisten

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-02-24-17-33-33-2c01/>

Rede zu Protokoll: Thomas Hölck zu TOP 36 am 26.02.2021: Die Energiewende ist ein Jahrhundertprojekt

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-02-26-13-07-46-5900/>

März

Kirsten Eickhoff-Weber zu TOP 21 am 24.03.2021: Jetzt rächt sich die personelle Ausdünnung der Veterinärämter

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-03-24-14-49-56-40d5/>

Impressum

Herausgeberin SPD Landtagsfraktion - Arbeitskreis Umwelt, Energie, ländliche Räume

Sandra Redmann Vorsitzende des Arbeitskreises

Mareike Overbeck Referentin des Arbeitskreises

Marie Strake Layout

Postfach 7121, 24171 Kiel

E-Mail: umwelt@spd.ltsh.de